Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe

(Sozialhilfegesetz)

(Vom 7. Mai 1995)

Die Landsgemeinde,

gestützt auf Artikel 29 der Kantonsverfassung¹⁾,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gegenstand

¹ Das Gesetz regelt die öffentliche Sozialhilfe zugunsten von Personen und Personengruppen aller Altersstufen, die sich im Kantonsgebiet aufhalten oder für die der Kanton oder die Gemeinden aufgrund anderer Erlasse zuständig sind.

² Es regelt spezielle Hilfsangebote für besondere Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Jugendliche, Betagte, Behinderte, Suchtgefährdete und Suchtkranke.

³ Es regelt die Aufsicht über Heime und heimähnliche Einrichtungen innerhalb des Kantons, soweit sie nicht durch Gesetz anderen Instanzen vorbehalten ist.

Art. 2

Aufgabe; Grundsatz der Subsidiarität; Koordination

¹ Die öffentliche Sozialhilfe hat zur Aufgabe, materiellen und persönlichen Notlagen von Menschen vorzubeugen, sie zu verhindern, zu lindern oder zu beheben.

² Öffentliche Sozialhilfe ist einer hilfeschenden Person in einer drohenden oder eingetretenen Notlage zu gewähren, wenn keine Möglichkeit besteht, andere wirksame öffentliche oder private Hilfe zu leisten.

³ Die Instanzen der öffentlichen Sozialhilfe arbeiten dabei mit anderen öffentlichen und privaten Institutionen zusammen. Der Kanton fördert das Zusammenwirken von öffentlicher und privater Hilfe.

⁴ Der Kanton koordiniert im weiteren die Angebote des Sozial- und des Gesundheitswesens, insbesondere bei den ambulanten Dienstleistungen und in der Prävention.

¹⁾ GS I A/1/1

Art. 3*Art und Umfang der Hilfe*

¹ Die Sozialhilfe richtet sich nach den individuellen Gegebenheiten des Einzelfalls. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der notwendigen Hilfe.

² Die Sozialhilfe ist nur so lange zu gewähren, bis die Hilfesuchenden wirtschaftlich und sozial wieder selbständig sind.

³ Sie umfasst die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz der Hilfesuchenden, unabhängig von den Ursachen der Notlage, von Alter, Geschlecht, Religion oder Staatsangehörigkeit.

Art. 4*Grundsätze der Hilfeleistung*

¹ Die persönliche Integrität und die Menschenwürde der Hilfesuchenden sind zu achten.

² Die Sozialhilfeinstanzen haben dafür zu sorgen, dass die Hilfe rechtzeitig und angemessen gewährt wird.

³ Sie fördern die Selbsthilfe und Eigenständigkeit der Hilfesuchenden.

⁴ Sie haben private und andere öffentliche Hilfe zu vermitteln.

⁵ Die Ursachen der Notlage sind abzuklären und nach Möglichkeit zu beseitigen oder zu vermindern.

Art. 5*Amtsgeheimnis; Auskunftsrecht*

¹ Mitglieder von Sozialbehörden sowie das Personal von Sozialdiensten sind zur Verschwiegenheit über amtliche Angelegenheiten verpflichtet, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheimzuhalten sind.

² Keine Schweigepflicht im Einzelfall besteht zwischen Sozialhilfebehörden von Gemeinden, Kanton und Bund im Rahmen des gegenseitigen Geschäftsverkehrs. Im weiteren bleiben die Vorschriften über Amts- und Rechtshilfe sowie über Auskünfte von Behörden gemäss den Artikeln 24, 25 und 50 Verwaltungsrechtspflegegesetz¹⁾ vorbehalten. In jedem Fall dürfen aber nur jene Daten und Tatbestände weitergegeben werden, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung der anderen Amtsstelle oder Behörde erforderlich ist.

³ Die Fürsorgedirektion ist in den übrigen Fällen befugt, gegenüber in- und ausländischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden Auskünfte aus den Sozialhilfeakten zu erteilen oder das Kantonale Sozialamt dazu zu ermächtigen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht.

¹⁾ GS III G/1

Art. 6*Zuständigkeit im Allgemeinen*

- ¹ Die öffentliche Sozialhilfe ist Aufgabe der Fürsorgegemeinden.
- ² Der Kanton erfüllt jene Aufgaben der öffentlichen Sozialhilfe, die ihm durch die Gesetzgebung ausdrücklich übertragen werden.

Art. 7*Kommunale Zuständigkeit*

- ¹ Zuständig für die öffentliche Sozialhilfe im Kanton ist diejenige Gemeinde, in der die hilfesuchenden Personen ihren Unterstützungswohnsitz im Sinne des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger haben.
- ² Ist eine hilfesuchende Person ausserhalb ihres Unterstützungswohnsitzes auf sofortige Hilfe angewiesen oder hat sie keinen sofort feststellbaren Wohnsitz, so muss ihr die Aufenthaltsgemeinde Hilfe leisten.
- ³ Bei Wohnortswechseln innerhalb des Kantons geht der Unterstützungswohnsitz per Ende des dem Wohnsitzwechsel folgenden Monats auf die neue Wohnsitzgemeinde über.

Art. 8*Verbot der Abschiebung*

- ¹ Die Gemeindebehörden dürfen Hilfesuchende nicht veranlassen, aus der Wohngemeinde wegzuziehen, wenn dies nicht im Interesse der betreffenden Personen liegt.
- ² Bei Widerhandlung gegen dieses Verbot bleibt der Unterstützungswohnsitz der Hilfesuchenden am bisherigen Wohnort so lange bestehen, als sie ihn ohne behördlichen Einfluss voraussichtlich nicht verlassen hätten, längstens aber während fünf Jahren.
- ³ Für Ausländer bleiben die Bestimmungen über den Widerruf von Anwesenheitsbewilligungen sowie über eine Aus- und Wegweisung und die Heim-schaffung vorbehalten.

II. Organisation**A. Gemeinden****Art. 9***Fürsorgegemeinde*

Die Organisation der Fürsorgegemeinden richtet sich nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes vom 3. Mai 1992¹⁾.

¹⁾ GS II E/2

Art. 10***Sozialbehörde**

¹ Der Fürsorgerat ist die Sozialbehörde der Gemeinde.

² Die allgemeinen Aufgaben richten sich nach dem Gemeindegesetz. In der öffentlichen Sozialhilfe obliegen der Sozialbehörde insbesondere:

- a. die Vertretung der Fürsorgegemeinden gegenüber Kanton und Dritten;
- b. die Förderung und Koordination des Sozialwesens auf der Stufe der Gemeinden;
- c. die Wahl von Fürsorgebediensteten;
- d. der Entscheid über Art und Ausmass der Hilfeleistung von Hilfesuchenden im Einzelfall;
- e. der Entscheid über Rückerstattung von wirtschaftlicher Hilfeleistung und Geltendmachung von familienrechtlichen Unterstützungsansprüchen gemäss den Artikeln 328 und 329 ZGB;
- f.**
- g. die Regelung der Unterstützung und Betreuung der den Gemeinden zugewiesenen Asylsuchenden und Flüchtlingen;
- h. die Anordnung der erforderlichen Abklärungen durch Sachverständige in Absprache mit dem Kantonalen Sozialdienst;
- i. die Gewährung von Beiträgen an wohltätige Institutionen, welche die Aufgaben der Fürsorgegemeinden unterstützen und erleichtern;
- k. die Uebernahme der Kosten von auswärtigen Gemeindebürgern oder Einwohnern gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger;
- l. die Uebernahme der von den Vormundschaftsbehörden zu Lasten der Fürsorgegemeinden angeordneten Kosten für Kindesschutzmassnahmen;
- m. der Vollzug aller den Fürsorgegemeinden übertragenen Aufgaben, sofern nicht ausdrücklich eine andere Instanz mit diesen Aufgaben betraut wird.

³ Die Sozialbehörde kann einzelne Obliegenheiten mit Bewilligung der Fürsorgedirektion dem Kantonalen Sozialdienst übertragen.

B. Kanton**Art. 11*****Fürsorgedirektion**

¹ Die Fürsorgedirektion führt die Aufsicht über das Sozialwesen. Sie koordiniert die Angebote des Gesundheits- und des Sozialwesens.

² Sie ist für die Aufsicht über Heime und heimähnliche Einrichtungen zuständig, insbesondere für die Erteilung und den Entzug von Bewilligungen.

³ Die Fürsorgedirektion entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Sozialbehörden der Gemeinden, des Kantonalen Sozialamtes und des Kantonalen Sozialdienstes.

** Aufgehoben LG 6. Mai 2001 per 1. Juli 2001

⁴ Sie vollzieht alle dem Kanton in der öffentlichen Sozialhilfe übertragenen Aufgaben, sofern nicht ausdrücklich eine andere Instanz damit betraut wird.

Art. 12

Kantonales Sozialamt

¹ Der Kanton betreibt ein Kantonales Sozialamt.

² Dem Kantonalen Sozialamt obliegen insbesondere:

- a. Beratung der Sozialbehörden der Gemeinden;
- b. Führung eines Kantonalen Sozialdienstes;
- c. Koordination der privaten und öffentlichen Sozialhilfe;
- d. Förderung und Koordination von Präventionsmassnahmen;
- e. Organisation und Durchführung der Sozialhilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Hilfswerken;
- f. Abwicklung des Verrechnungsverkehrs gemäss Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger sowie weiteren Konkordaten, interkantonalen Vereinbarungen und internationalen Abkommen;
- g. Förderung der fachlichen Weiterbildung der in der Sozialhilfe Tätigen und Durchführung von Informations- und Fortbildungsveranstaltungen.

Art. 13*

Kantonaler Sozialdienst

¹ Der Kanton betreibt als Dienstleistung für die Gemeinden und zum Vollzug von kantonalen Aufgaben einen Sozialdienst.

² Dem Kantonalen Sozialdienst obliegen folgende Aufgaben:

- a. Entgegennahme und Bearbeitung von Hilfsgesuchen zuhanden der Sozialbehörden der Gemeinden;
- b. Mithilfe beim Vollzug von Beschlüssen der Sozialbehörden;
- c. Leistung von persönlicher Hilfe;
- d. Abklärung, Beratung und Führung von Betreuungsmandaten der Zivil- und Strafrechtspflege (Vormundschaftswesen, Straf- und Massnahmenvollzug bei Kindern und Jugendlichen, Schutzaufsicht);
- e. Führung einer kantonalen Alimenteninkassostelle;
- f. Öffentlichkeitsarbeit und Information über das Dienstleistungsangebot.

³ Der Regierungsrat regelt den detaillierten Leistungsauftrag des kantonalen Sozialdienstes. Er kann ihm weitere Aufgaben übertragen.

⁴ Die Gemeinden haben den Kanton für seine Dienstleistungen mit 50 Prozent der Kosten zu entschädigen. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

Art. 14

Besondere Sozialdienste

¹ Der Regierungsrat kann weitere Tätigkeitsbereiche der Sozialhilfe bestehenden Aemtern oder Institutionen des Kantons übertragen. Er kann mittels Vereinbarung diese Aufgaben auch Institutionen anderer Kantone übertragen.

² Der Regierungsrat regelt die Kostenbeteiligung des Kantons an inner- und ausserkantonalen Institutionen.

C. Andere öffentliche und private Organisationen

Art. 15

Aufgaben

¹ Andere öffentliche und private Organisationen können zur Erfüllung von Sozialhilfaufgaben im Sinne von Artikel 2 beigezogen werden.

² Der Kanton und die Gemeinden können Organisationen im Sinne von Absatz 1 mit Beiträgen unterstützen. Der Landrat bewilligt die notwendigen Mittel im Voranschlag des Kantons.

Art. 16

Beitragsleistungen

¹ Beitragsleistungen sind insbesondere dort zu erbringen, wo das Angebot des Kantons ungenügend ist.

² Die Beitragsleistungen können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden. Sie können ebenfalls vertraglich zwischen Kanton und anderen öffentlichen bzw. privaten Organisationen geregelt werden.

³ Der Regierungsrat kann die Gemeinden verpflichten, sich anteilmässig an solchen Institutionen zu beteiligen.

⁴ Bei unzumutbarer Verwendung der Beiträge können diese gekürzt werden. Zu Unrecht bezogene Beiträge sind zurückzuerstatten.

III. Sozialhilfeleistungen

A. Vorbeugende Massnahmen

Art. 17

Vorbeugende Hilfe

¹ Die vorbeugende Hilfe dient zur Abwendung sozialer Notlagen sowie zur Bekämpfung der Ursachen derselben.

² Die vorbeugende Hilfe erfolgt durch Information, Beratung oder Schulung, durch allgemeine Oeffentlichkeitsarbeit sowie durch Beiträge.

³ Der Kanton koordiniert die vorbeugende Hilfe der öffentlichen und privaten Organisationen.

Art. 18

Selbsthilfe

Die Sozialhilfeorgane fördern die Selbsthilfe von Einzelnen oder Gruppen.

B. Persönliche Hilfe

Art. 19

Grundsatz

¹ Wer sich in einer Notlage befindet, kann bei der örtlichen Sozialbehörde oder beim Kantonalen Sozialdienst um persönliche Hilfe nachsuchen.

² Der Kantonale Sozialdienst und die Sozialbehörde der Gemeinde gewähren die persönliche Hilfe selbst oder vermitteln die Dienstleistungen anderer öffentlicher oder privater Institutionen.

³ Die persönliche Hilfe ist durch geeignetes Personal zu erbringen. Sie ist in der Regel an kein bestimmtes Verfahren gebunden und kostenlos, sofern keine speziellen Behandlungen und Abklärungen durch Dritte notwendig sind.

Art. 20

Inhalt

¹ Die persönliche Hilfe umfasst insbesondere:

- a. die Sozialberatung und die Betreuung;
- b. die Vermittlung von Spezialberatung und -betreuung;
- c. die Erstellung eines Hilfeplans zur Verbesserung der sozialen Situation;
- d. die Vermittlung geeigneter Dienstleistungen und zwischenmenschlicher Kontakte;
- e. die Budgetberatung oder die Einkommensverwaltung;
- f. die Durchführung von Schuldensanierungen.

² Im Rahmen der persönlichen Hilfe können die Sozialdienste für die Hilfesuchenden jene Beiträge und Leistungen geltend machen, auf die sie einen Rechtsanspruch haben.

Art. 21

Freiwilligkeit

¹ Gegen den Willen der hilfesuchenden Personen dürfen keine Anordnungen oder Massnahmen getroffen werden.

² Vorbehalten bleiben Auflagen und Weisungen, die mit materieller Hilfe verbunden sind, und Anträge auf Kinderschutzmassnahmen.

C. Wirtschaftliche Hilfe

Art. 22

Grundsatz

¹ Wer für den Lebensunterhalt für sich und für seine Angehörigen mit gleichem Wohnsitz nicht oder nicht mehr hinreichend und rechtzeitig aufkommen kann, hat Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe.

² Sie ist individuell nach den Bedürfnissen des Einzelfalls zu bemessen.

Art. 23*Umfang*

¹ Die wirtschaftliche Hilfe erstreckt sich auf die Sicherung des sozialen Existenzminimums von Hilfesuchenden und ihren Angehörigen sowie auf die Gewährung von materiellen Leistungen, die dem Ziel wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit der Betroffenen dienen. Sie kann mit persönlicher Hilfe verbunden werden.

² Sie hat die notwendige medizinische Pflege zu Hause, in einem Heim oder im Spital zu gewährleisten.

³ Für die Bemessung sind in der Regel die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge massgebend; über Ausnahmen entscheidet die Fürsorgedirektion.

Art. 24*Inhalt*

Die wirtschaftliche Hilfe umfasst insbesondere:

- a. die Gewährleistung von Obdach, medizinischer Versorgung, Nahrung und Bekleidung;
- b. die Abgabe oder die Ueberweisung von Geldbeträgen;
- c. die Begleichung von Rechnungen;
- d. die Geltendmachung von Forderungen gegenüber Dritten;
- e. das Ausstellen von Kostengutsprachen;
- f. die Gewährung zinsloser Darlehen in Ausnahmefällen.

Art. 25*Verpfändung, Pfändung, Abtretung und Verrechnung*

¹ Die materielle Hilfe darf weder gepfändet, verpfändet noch abgetreten werden.

² Sie darf nicht mit geschuldeten Steuern verrechnet werden.

Art. 26*Uebergang von Ansprüchen gegenüber Dritten*

¹ Bestehen Ansprüche von hilfesuchenden Personen gegenüber Dritten, so kann die Gewährung materieller Hilfe davon abhängig gemacht werden, dass sie im Umfang der Unterstützungsleistungen an die Sozialbehörde abgetreten werden.

² Werden Versicherungsleistungen bevorschusst, so gehen die betreffenden Ansprüche im Umfang der ausgerichteten Zahlungen an die Sozialbehörde über.

³ Bei periodischen Leistungen beschränkt sich der Forderungsübergang auf die bis zur Beendigung der Bevorschussung angefallenen Leistungen.

⁴ Eine Bevorschussung ist den Hilfesuchenden und den Leistungserbringern unter Verweis auf diese Bestimmung anzuzeigen.

Art. 27

Uebernahme von Schulden

¹ Materielle Hilfe wird in der Regel nur für die laufenden Bedürfnisse gewährt.

² Verbindlichkeiten, die ohne Zustimmung der Sozialbehörde eingegangen werden, können ganz oder teilweise nur übernommen werden, wenn damit eine noch höhere Verschuldung oder höhere Kosten verhindert werden können oder bei Kenntnis aller Umstände Kostengutsprache erteilt worden wäre.

³ Dritte können aus dieser Bestimmung keinen Rechtsanspruch ableiten.

Art. 28

Auflagen

¹ Die materielle Hilfe kann mit Auflagen und Weisungen verbunden werden, die sich auf die richtige Verwendung der Beiträge beziehen oder geeignet sind, die Lage der unterstützten Person oder ihrer Angehörigen zu verbessern.

² Mögliche Auflagen sind:

- a. die Beratung und Betreuung durch geeignete Personen oder Stellen;
- b. die ärztliche oder therapeutische Untersuchung oder Behandlung;
- c. die Einkommens- und Vermögensverwaltung durch eine geeignete Stelle oder Person;
- d. Weisungen über die richtige Verwendung der wirtschaftlichen Hilfe oder über die Aufnahme einer Arbeit;
- e. andere Verhaltensregeln, die durch die Umstände geboten sind.

³ Bei Missachtung von Auflagen oder Weisungen können unter vorhergehender schriftlicher Androhung Unterstützungsleistungen gekürzt werden.

Art. 29

Nicht realisierbare Vermögenswerte

¹ Besitzen Hilfesuchende Grundeigentum oder andere Vermögenswerte, deren Realisierung nicht möglich oder zumutbar ist, wird die Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe von der Unterzeichnung einer Rückerstattungsverpflichtung abhängig gemacht.

² Die der Rückerstattungsverpflichtung zugrundeliegende Forderung kann pfandrechtlich sichergestellt werden.

Art. 30*Mitwirkungspflichten*

¹ Personen, die um materielle Hilfe nachsuchen, haben den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Instanzen alle zur Bemessung der Hilfe notwendigen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in ihre Unterlagen, insbesondere in ihre Steuerakten, zu gewähren.

² Aenderungen der wirtschaftlichen oder sich auf die materielle Hilfeleistung auswirkenden persönlichen Verhältnisse sind der unterstützenden Stelle unverzüglich mitzuteilen.

³ Hilfesuchenden, die ihre Mitwirkungspflichten verletzen, kann nach erfolgloser Mahnung die wirtschaftliche Hilfe gekürzt oder verweigert werden.

Art. 31*Verwandtenunterstützungspflicht*

¹ Die Unterstützungspflicht von Verwandten unterstützter Personen richtet sich nach den Bestimmungen des ZGB.

² Die Sozialbehörde kann den Anspruch auf Unterstützung bei den Verwandten geltend machen. Dabei sind die Auswirkungen auf die Betroffenen angemessen zu berücksichtigen.

³ In Streitfällen reicht sie eine Klage beim nach Artikel 329 ZGB zuständigen Gericht ein.

Art. 32*Rückerstattung*

¹ Wer unter unrichtigen oder unvollständigen Angaben materielle Hilfe erwirkt hat, ist zu deren Rückerstattung verpflichtet.

² Rechtmässig bezogene wirtschaftliche Hilfe ist zurückzuerstatten, wenn sich die finanziellen Verhältnisse der Empfänger so gebessert haben, dass ihnen Rückerstattung zugemutet werden kann, oder wenn sie beim Tode Vermögen hinterlassen.

³ Wirtschaftliche Hilfe, die jemand für sich selbst während der Unmündigkeit oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Erstausbildung bezogen hat, unterliegt keiner Rückerstattungspflicht.

⁴ Stirbt eine unterstützte Person, entsteht ein Anspruch auf Rückerstattung gegenüber dem Nachlass. Dieser Anspruch geht bis zur Höhe des erhaltenen Erbteils auf die Erben über.

Art. 33*Geltendmachung des Anspruchs, Verjährung*

¹ Rückerstattungen sind durch die Sozialbehörde mittels anfechtbarer Verfügung geltend zu machen.

² Rückerstattungsforderungen unterliegen keiner Zinspflicht, ausgenommen bei unrechtmässigem Bezug.

³ Der Rückerstattungsanspruch erlischt gegenüber der unterstützten Person innert 15 Jahren, gegenüber den Erben innert 20 Jahren seit dem letzten Bezug der Hilfe.

⁴ Pfandrechtlich gesicherte Rückerstattungsansprüche unterliegen keiner Verjährung.

IV. Spezielle Hilfsangebote

A. Jugend- und Familienhilfe

Art. 34

Grundsatz

¹ Der Kanton und die Gemeinden fördern und koordinieren die Jugend- und Familienhilfe.

² Die Sozialbehörden von Kanton und Gemeinden haben Kindern und Jugendlichen, für deren Unterhalt weder Eltern noch unterstützungspflichtige Verwandte aufzukommen vermögen, eine ihren Bedürfnissen angepasste Pflege und Erziehung sowie eine ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung und Ausbildung zu ermöglichen.

Art. 35

Beratung

¹ Kanton und Gemeinden informieren und beraten Behörden und Privatpersonen in Fragen der Jugend- und Familienhilfe.

² Sie arbeiten dabei mit den öffentlichen und privaten Institutionen der Jugend- und Familienhilfe zusammen.

³ Sie sind berechtigt und verpflichtet, bei Feststellung von Gefährdungen des Kindeswohles bei der Vormundschaftsbehörde, beim Jugendamt oder bei den Strafuntersuchungsbehörden Anzeige zu erstatten.

Art. 36*

Inkassohilfe; Bevorschussung

¹ Die kantonale Alimenteninkassostelle leistet auf Gesuch bei der Vollstreckung des Unterhaltsanspruches in geeigneter Weise Inkassohilfe (Art. 131 Abs. 1 und 290 ZGB). Die landrätliche Verordnung gemäss Absatz 3 kann vorsehen, dass die Inkassohilfe durch die Sozialbehörde wahrgenommen wird.

² Die Sozialbehörde am Wohnsitz des unterhaltsberechtigten Kindes oder die kantonale Alimenteninkassostelle richten auf begründetes Gesuch der

erziehungsberechtigten Person Vorschüsse für den Unterhalt des Kindes aus, wenn Vater oder Mutter oder beide ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen (Art. 293 Abs. 2 ZGB).

³ Der Landrat erlässt eine Verordnung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen¹⁾. Er regelt insbesondere Zuständigkeit, Gegenstand, Umfang, Voraussetzungen, Verfahren, Kostentragung und Gebührenerhebung.

Art. 37

Ausserschulische Jugendarbeit, ergänzende Jugend- und Familienhilfe

¹ Der Kanton kann die ausserschulische Jugendarbeit sowie die ergänzende Jugend- und Familienhilfe gemeinnütziger, privater oder öffentlicher Organisationen unterstützen.

² Eine Beitragsgewährung setzt voraus, dass die betreffenden Organisationen angemessene Eigenleistungen erbringen und nicht wesentliche anderweitige Unterstützungen erhalten.

B. Betagten- und Behindertenhilfe

Art. 38

Aufgaben der Gemeinden

¹ Die Gemeinden sorgen für ein genügendes Angebot an Einrichtungen der ambulanten und stationären Betagtenhilfe mit dem Ziel, die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung so lange als möglich zu erhalten. Sie koordinieren die Angebote innerhalb der Gemeinde. Sie können mit anderen Gemeinden zur Erfüllung dieser Aufgaben zusammenarbeiten und Aufgaben der Betagtenhilfe anderen öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Institutionen übertragen.

² Sie können Baubeiträge an die Einrichtungen der Betagtenhilfe gewähren.

Art. 39*

Aufgaben des Kantons; Kantonsbeiträge

¹ Der Kanton koordiniert die Betagtenhilfe sowie die Behindertenhilfe im Kanton.

² Der Regierungsrat gewährt Gemeinden und im Kanton tätigen anerkannten öffentlichen und privaten Institutionen an Neubauten, wesentliche Erweiterungsbauten und Umbauten von Altersheimen, Pflegeheimen und heimähnlichen Einrichtungen Beiträge oder zinslose Darlehen von 20 Prozent der anerkannten Kosten.

¹⁾ GS VIII E/21/10

³ Der Regierungsrat gewährt anerkannten öffentlichen oder privaten Institutionen mit gemeinnützigem Charakter an Neubauten, wesentliche Erweiterungsbauten und Umbauten von Behinderteneinrichtungen, die durch die eidgenössische Invalidenversicherung als beitragsberechtigt anerkannt sind, Beiträge oder zinslose Darlehen von 30 Prozent der nach Abzug der Bundessubventionen und allfälliger anderer kantonaler Subventionen verbleibenden anerkannten Kosten.

⁴ Der Regierungsrat gewährt im Weiteren an wesentliche Betriebseinrichtungen, die nicht im Rahmen von grösseren Neubau-, Erweiterungs- oder Umbauprojekten gemäss den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels beschafft werden, Beiträge von 20 Prozent der anerkannten Kosten.

⁵ Der Regierungsrat kann Beiträge gemäss den Absätzen 2–4 auch ausserkantonalen gemeinnützigen Institutionen gewähren.

⁶ Die Beitragszusicherungen können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden. Die Einzelheiten regelt ein regierungsrätliches Reglement¹⁾.

C. Suchthilfe

Art. 40

Aufgaben der Gemeinden

¹ Die Gemeinden sorgen für rasche und genügende Sozialhilfe für suchtgefährdete und suchtkranke Hilfesuchende und ihre Angehörigen. Sie arbeiten dabei eng mit den zuständigen Beratungsstellen des Kantons zusammen.

² Die Gemeinden tragen die Kosten für anerkannte ambulante und stationäre Entzugsbehandlungen, Entzugstherapien und Nachbehandlungen, soweit sie von den Suchterkrankten nicht selber getragen werden können.

Art. 41

Aufgaben des Kantons

¹ Der Kanton koordiniert die Tätigkeiten der Suchthilfe zwischen den Gemeinden und den mit Suchtfragen befassten Behörden und Amtsstellen des Kantons. Er arbeitet dabei mit anderen Kantonen zusammen.

² Der Kanton betreibt Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Suchterkrankte oder Suchtgefährdete. Er kann diese Aufgaben gemeinnützigen Institutionen übertragen.

³ Der Kanton kann öffentlichen oder privaten gemeinnützigen Institutionen der Suchthilfe Beiträge gewähren. Eine allfällige Beteiligung der Gemeinden richtet sich nach Artikel 16.

⁴ Beiträge an Heime und heimähnliche Einrichtungen richten sich nach den Artikeln 50 und 51. Die Beiträge können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

¹⁾ GS VIII E/23/2

V. Aus- und Weiterbildung**Art. 42**

¹ Der Regierungsrat fördert die Aus- und Weiterbildung der im Bereich der Sozialhilfe Tätigen. Er kann dafür Beiträge gewähren.

² Der Regierungsrat erstellt eine Liste der als beitragsberechtigt anerkannten Ausbildungen. Er kann mit ausserkantonalen Ausbildungsinstitutionen Vereinbarungen über Aufnahme und Kostenbeteiligung von Glarner Schülerinnen und Schülern treffen.

VI. Heimaufsicht**Art. 43***Grundsatz*

¹ Der Kanton ist für die Aufsicht über Alters- und Pflegeheime, über anerkannte Behinderteneinrichtungen, über Heime für Kinder und Jugendliche und weitere stationäre Einrichtungen für Erwachsene zuständig.

² Die Aufsicht über Kinder- und Jugendheime richtet sich nach der Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern und nach dem Schulgesetz¹⁾.

Art. 44*Betriebsbewilligung*

¹ Der Betrieb eines Heimes oder einer Einrichtung, die mehr als drei Kinder, Jugendliche oder Erwachsene ganztägig betreut, bedarf einer Bewilligung.

² Der Regierungsrat regelt das Bewilligungsverfahren.

³ Die Fürsorgedirektion erteilt und entzieht Betriebsbewilligungen und übt die Aufsicht aus, sofern keine andere Stelle dafür zuständig ist.

⁴ Die Erteilung der Bewilligung kann mit Auflagen und Weisungen verbunden werden.

Art. 45*Kontrollen*

¹ Die der Heimaufsicht unterstellten Heime und Einrichtungen können durch die von der Fürsorgedirektion bezeichneten Stellen einer Inspektion unterzogen werden.

² Bei groben Missständen ist die Fürsorgedirektion nach vorgängiger erfolgloser Mahnung und Fristansetzung befugt, gegenüber der Trägerschaft des Heimes oder der Einrichtung Weisungen zu erteilen oder die Betriebschliessung anzuordnen. In schwerwiegenden Fällen kann eine sofortige Betriebsschliessung angeordnet werden.

¹⁾ GS IV B/1/3

VII. Finanzielles**Art. 46***Rechnungswesen*

¹ Für das Rechnungswesen der Fürsorgegemeinde ist das Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden sowie die dazugehörige Verordnung¹⁾ massgebend.

² Die Fürsorgerechnung darf keinerlei Rückschlüsse auf unterstützte Personen und auf Personen, die Rückerstattungen oder Verwandtenunterstützungen leisten, zulassen.

Art. 47*Gemeindeeigene Heime*

¹ Gemeindeeigene Heime sind als wirtschaftlich selbstständige Institutionen mit separater Rechnung zu führen.

² Die Betriebsrechnung des Heimes darf die Verwaltungsrechnung der Fürsorgegemeinde nicht belasten; der Heimbetrieb darf nicht zur Finanzierung von Aufgaben der Fürsorgegemeinde herangezogen werden.

Art. 48**Vorschläge; Rückschläge*

¹ Schliesst die Verwaltungsrechnung mit einem Vorschlag ab, ist dieser zur Deckung allfälliger Defizite in das Fürsorgevermögen einzulegen.

² Schliesst die Verwaltungsrechnung mit einem Rückschlag ab, ist dieser in erster Linie aus dem Fürsorgevermögen zu decken, soweit der Fürsorgegemeinde ein nach Einwohnern abgestuftes Nettovermögen verbleibt; der Landrat setzt die Grenzbeträge durch Verordnung fest.

³ Kann ein verbleibender Rückschlag trotz Erhebung des nach dem Steuergesetz²⁾ maximal zulässigen Gesamtsteuerzuschlages und trotz der gegenseitigen Unterstützungspflicht innerhalb der Gemeinden gemäss dem Gemeindehaushaltsgesetz nicht oder nicht ganz gedeckt werden, so ist der ungedeckte Teil zu drei Vierteln durch Beiträge aus dem Ausgleichsfonds für Fürsorgegemeinden und zu einem Viertel von denjenigen Ortsgemeinden zu tragen, welchen die betreffende Fürsorgegemeinde angehört.

⁴ Die Absätze 1–3 gelten sinngemäss, wenn die Fürsorgegemeinde mit der Ortsgemeinde zusammengeschlossen ist.

Art. 49*Beiträge des Kantons*

Der Kanton trägt die Kosten für Unterstützungen von ausländischen Staatsangehörigen ohne Niederlassungsbewilligung. Vorbehalten bleiben die

¹⁾ GS VI A/1/3; VI A/1/3/1

²⁾ GS VI C/1/1

speziellen Bestimmungen des Bundes für die Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Art. 50*Beiträge für die Unterbringung in stationären Einrichtungen*

¹ Die Fürsorgedirektion kann Beiträge an inner- und ausserkantonale stationäre Einrichtungen ausrichten, sofern die Unterbringung durch Fachleute abgeklärt ist, die Betroffenen, ihre Angehörigen oder die Versorger für einen angemessenen Teil der Kosten selber aufkommen und die Restkosten nicht anderweitig gedeckt werden können.

² Im Weiteren kann die Fürsorgedirektion an die Kosten von besonders aufwendigen inner- und ausserkantonalen Plazierungen in stationären Einrichtungen den Fürsorgegemeinden Beiträge gewähren.

³ Die Beiträge werden dem Defizitgleichungsfonds für Fürsorgegemeinden belastet.

⁴ Die Einzelheiten, insbesondere die Höhe der Beiträge, Eltern- und Versorgerbeiträge, Kostengutsprachen und Verfahren, regelt der Regierungsrat.

Art. 51*Verträge mit stationären Einrichtungen*

¹ Der Regierungsrat kann mit stationären Einrichtungen innerhalb und ausserhalb des Kantons Verträge über die Aufnahme von Personen, die im Kanton Glarus Wohnsitz haben, abschliessen. Ausserdem kann er Vereinbarungen über Baubeiträge, Betriebsbeiträge oder Defizitbeiträge treffen.

² Der Regierungsrat kann diese Beitragsgewährungen von Bedingungen und Auflagen, wie insbesondere der Einräumung eines angemessenen Mitspracherechts, abhängig machen.

VIII. Verfahren**Art. 52***Grundsatz*

Soweit dieses Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält, richtet sich das Verfahren nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

Art. 53*Gesuch*

¹ Ein Gesuch kann bei der Sozialbehörde oder beim Kantonalen Sozialdienst eingereicht werden. Die Sozialbehörde überweist in der Regel das Gesuch dem Kantonalen Sozialdienst zur Abklärung und Antragstellung. In ein-

fachen Fällen kann die Sozialbehörde ohne Abklärung durch den Kantonalen Sozialdienst direkt entscheiden. In Fällen zeitlicher Dringlichkeit ist in jedem Fall der Notbedarf bis zum Abschluss des Gesuchsverfahrens sicherzustellen.

² Jede kantonale oder kommunale Behörde oder Amtsstelle ist verpflichtet, hilfesuchende Personen auf die Möglichkeiten eines Unterstützungsgesuches hinzuweisen.

Art. 54*

Beschwerde

¹ Gegen Verfügungen der Sozialbehörden, des Kantonalen Sozialamtes und des Kantonalen Sozialdienstes kann innert 30 Tagen bei der Fürsorgedirektion Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

² Gegen erstinstanzliche Verfügungen der Fürsorgedirektion kann innert 30 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

³ Beschwerdeentscheide der Fürsorgedirektion gemäss Absatz 1 unterliegen nach Massgabe des Verwaltungsrechtspflegegesetzes unmittelbar der Beschwerde an das Verwaltungsgericht.

IX. Schluss- und Uebergangsbestimmungen

Art. 55

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1996 in Kraft.

Art. 56

Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes werden alle damit im Widerspruch stehenden Bestimmungen des kantonalen Rechts aufgehoben, insbesondere das Gesetz vom 1. Mai 1966 über die öffentliche Fürsorge.

² Die folgenden Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch¹⁾ werden aufgehoben: Artikel 50 Absatz 3, Artikel 50^a und Artikel 53^b.

Art. 57

Aenderung bisherigen Rechts

In allen Erlassen des Kantons ist die Bezeichnung «Gesetz über die öffentliche Fürsorge» durch «Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe» zu ersetzen.

¹⁾ GS III B/1/1

Art. 58*Gemeindeeigene Heime*

Gemeindeeigene Heime, die bisher nicht wirtschaftlich verselbstständigt sind, sind innert zweier Jahre an die neuen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Art. 59*Uebergangsrecht*

¹ Das neue Gesetz findet auf alle im Zeitpunkt seines Inkrafttretens hängigen Verfahren Anwendung.

² Die Dauer der Fristen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens laufen, richtet sich nach bisherigem Recht.

³ Eine Betriebsbewilligung gemäss Artikel 44 Absatz 1 wird ohne formelles Bewilligungsverfahren allen Heimen erteilt, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehen, unter den Geltungsbereich der Heimaufsicht fallen und noch über keine Bewilligung verfügen.

Aenderungen des Gesetzes:

LG 7. Mai 2000	(SBE 7. Bd. Heft 5 S. 160)
(Art. 36) in Kraft ab sofort
LG 6. Mai 2001	(SBE 7. Bd. Heft 9 S. 482)
Art. 10 Abs. 2 Bst. f (+), 11 Abs. 3, 36 Abs. 1 und 3, 54 Abs. 1 in Kraft ab 1. Juli 2001
LG 4. Mai 2003	(SBE 8. Bd. Heft 8 S. 425)
Art. 13 Abs. 2 Bst. d in Kraft ab sofort (Aenderung Strafprozessordnung)
LG 4. Mai 2003	(SBE 8. Bd. Heft 8 S. 448)
Art. 48 Abs. 2–4 in Kraft ab 1. Juli 2003 (Aenderung Gemeindehaushaltsgesetz)
Bei der gesetzlichen Defizitdeckung werden erstmals die Schul- und Fürsorgerechnungen 2004 nach Massgabe des neuen Rechts behandelt. Massgebend für die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Gemeinden ist der Stand am 31. Dezember 2004.
LG 2. Mai 2004	(SBE 9. Bd. Heft)
Art. 39 Abs. 2, 3 und 4 in Kraft ab 1. Juni 2004; für Gesuche, über die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens noch nicht entschieden worden ist, gelten die neuen Beitragssätze.